

Sozialdemokratischer Pressedienst

Se ausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Be. lin.
Fernsprecher. Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61 Belle Alliance Platz 8
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen
vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, dei. 26. Juli 1932.

Severing packt aus!

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Der preussische Innenminister
Carl Severing deckt in nachstehendem
Artikel die Hintergründe der Papen-
Aktion gegen Preussen auf.

Der Reichskanzler v. Papen hat die Reichsexekutive in Preussen auf die Absätze 1 und 2 des Artikels 48 der Reichsverfassung zu stützen versucht und damit unterstellt, dass Preussen die ihm nach den Gesetzen und der Verfassung obliegenden Pflichten nicht erfüllt habe, dass ferner in Preussen die öffentliche Sicherheit und Ordnung mehr gestört und gefährdet sei wie in anderen Ländern. In seiner Rundfunkrede hat er diese Behauptungen vielfach variiert und dabei unter anderem bemerkt, dass es kein Zufall sei, dass nur in Preussen die kommunistischen Kampforganisationen einen grösseren Umfang annehmen konnten und dass nur in Preussen der Wahlkampf von einer erschreckenden Vermehrung blutiger Auseinandersetzungen begleitet worden sei.

Man muss dem Herrn Reichskanzler zugute halten, dass er noch ziemlich neu in seinem Amt ist und sich auf eigene Beobachtungen und Erfahrungen nicht stützen kann. Dasselbe gilt von dem grössten Teil seiner engeren Mitarbeiter. Das sollte ihn aber dazu führen, bei seinen in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptungen, besonders wenn diese Behauptungen Beschuldigungen gegen die Regierung eines grossen Landes involvieren, vorsichtig zu sein. Natürlich ist es kein Zufall, dass die Kommunisten in Preussen zahlreich sind, so wenig wie es ein Zufall ist, dass Preussen die höchste Arbeitslosenziffer aufweist oder dass in Preussen die meisten Grosstädte liegen, deren Wohlfahrtserwerbslose schon jahrelang unter den Geisseln der Arbeitslosigkeit und den Entbehrungen aller Art leiden. Natürlich ist es kein Zufall, dass dort, wo sich Hunderttausende von hungernden Menschen auf einem engen Bezirk zusammenballen, wie im westlichen, mitteldeutschen und schlesischen Industriegebiet, wie in Berlin und an der Wasserkante, die Agitation der radikalen Parteien, also auch der Kommunisten, einen fruchtbaren Nährboden findet. Wer da glaubt, diese Entwicklung und ihre Begleiterscheinungen ausschliesslich mit polizeilichen Mitteln aufhalten zu können, der soll sich sein Lehrgeld zurückzahlen lassen. Immerhin in der Bekämpfung staatsgefährlicher Ausschreitungen der kommunistischen Kampfesorganisationen hat die preussische Regierung einiges geleistet.

Wenn der Wahlkampf in Preussen - aber nicht nur in Preussen! - von vermehrten blutigen Auseinandersetzungen begleitet worden ist, so ist das nicht zuletzt auf das Konto der Regierung Papen zu setzen, die u.a. durch ihre von keinerlei Sachkenntnis getriebenen Verordnungen erprobte und bewährte Massnahmen der Länderregierungen ausser Kraft setzte. Man kann wohl behaupten, dass den beiden Wahlgängen zur Wahl des Reichspräsidenten von den Parteien die gleiche Bedeutung beigemessen worden ist, die man jetzt in der Reichstagswahl erblickt. Mit derselben Leidenschaftlichkeit und Beharrlichkeit, mit der jetzt

die Parteien für ihre Ziele kämpfen, sind darum auch vor dem 13. März und dem 10. April die Kämpfe um die Präsidentschaft ausgefochten worden. Aber damals fehlte die Provokation der Uniformen und darum war der Wahlkampf damals nicht von der erschreckenden Vermehrung blutiger Auseinandersetzungen begleitet, die Herr v. Papen heute so sehr beklagt.

Herr v. Papen hat es in seiner Rundfunkrede auch für richtig gehalten, einen Unterschied zwischen dem "hingebenden Einsatz der örtlichen Polizeiorgane" und der Führung - hier ist offenbar die zentrale Führung gemeint - zu machen. Die Polizei in Bausch und Bogen zu verurteilen, hat auch er augenscheinlich für ungerecht, aber auch wohl für unklug gehalten. Die Leistungen des preussischen Polizeikörpers sind jedoch so tief in die Geschichte des preussischen Staates gemeißelt, dass sie am wenigsten der sieben Wochen amtierende Reichskanzler durch Reden oder Verordnungen zu verwischen vermag. Und die Führung? Diese Frage lässt sich am leichtesten beantworten, wenn man die Zustände in der Polizei in den Jahren 1918 bis 1920 mit der Verfassung der preussischen Polizei von heute vergleicht. Es war damals nicht selten, dass sich die örtlichen Polizeiorgane bei politischen Unruhen für "neutral" erklärten und einem Einschreiten gegen die Ruhestörer aus dem Wege gingen. Das hat die Führung der preussischen Polizei geändert, nicht nur durch Verordnungen und Organisationsveränderungen, sondern auch - und zwar in der Hauptsache - durch die beste Methode der Erziehung: durch das Beispiel hingebenden Einsatzes. Auch diese Tatsache wird Herr v. Papen nicht aus der Welt reden können, und darum sollte er, wenn er nicht zu naheliegenden Vergleichen neigen will, in der rednerischen Behandlung der Dinge vorsichtiger sein, über die ihm ein sachverständiges Urteil nicht wohl ansteht.

Herr v. Papen hat in seinen Kundgebungen der letzten Tage auch viel von der Wiederherstellung der Staatsautorität geredet. Man kann ihm darin zustimmen, dass die Staatsautorität in den letzten Monaten bedrohlich gelitten hat und dass alles getan werden sollte, um sie zu stabilisieren. Seine Exekutive gegen Preussen aber hat der Staatsautorität einen Stoss versetzt, dessen Folge heute noch gar nicht zu übersehen sind. Die Männer, die diese Massnahme ausgeklügelt haben, habend damit Pfeile abgesandt, die über kurz oder lang auf sie zurückprallen werden. Womit man sündigt, damit wird man gestraft! Herr v. Papen hat durch die Art seines Vorgehens aber auch den Wert der Begriffe von Treu und Glauben nicht gerade erhöht. Als am Nachmittag des 18. Juli das preussische Staatsministerium vom Reichskanzlerbüro gebeten wurde, den Ministern Hirtsiefer und Severing eine Einladung zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler zu übermitteln, da konnten, ja mussten die beiden Minister aus dieser Einladung folgern, dass es sich um die Erörterung eines Briefes handeln würde, den das preussische Staatsministerium dem Reichskanzler in Sachen der Senkung der Unterstützungssätze für Arbeitslose und Krisenunterstützte gesandt hatte. Diese Auffassung erhielt eine weitere Stütze durch die Einladung, die am nächsten Tage auch dem preussischen Finanzminister zuging. Um Klarheit darüber zu bekommen, erkundigte sich in den Nachmittagsstunden des Dienstag der Ministerialdirektor Nobis vom preussischen Staatsministerium auf Ersuchen des Innenministers in der Reichskanzlei nach den Verhandlungsgegenständen, die für die Beratung für die Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den preussischen Ministern vorgesehen waren. Es wurde ihm bedeutet, dass über finanzielle und landwirtschaftliche Fragen verhandelt werden solle, dass allerdings auch innerpolitische Fragen zur Erörterung kommen würden! Man kann diese Auskunft als eine Verlegenheitsausflucht werten, die durch ein Schweigegebot bedingt war, oder man kann sie als absichtliche "Tarnung" empfinden - auf jeden Fall war sie das Gegenteil von dem, was bisher im Verkehr der Reichsregierungen mit der preussischen Staatsregierung als Treu und Glauben galt. Dass sich der kommissarische Innenminister Dr. Bracht schon eine halbe Stunde vor der Besprechung in der Reichskanzlei beim Leiter der Polizeiabteilung des preussischen Innen-

ministeriums melden liess und dass die Verfügung der Amtsenthebung des Innenministers in der Zeit dem Ministerium zugestellt wurde, in der der preussische Minister in der Reichskanzlei weilte, ist nur eine Abrundung des Bildes, das sich der Reichskanzler von Papen augenscheinlich von den Mitteln zur Festigung der Staatsautorität macht.

Von erheblich höherem Wert ist jedoch die Feststellung, dass über den Brief des preussischen Staatsministeriums an Herrn v. Papen nicht ein Wort geredet wurde. In dem Briefe hatte die preussische Staatsregierung ihrer Sorge Ausdruck gegeben, dass die Senkung der Arbeitslosen- und Renten-Unterstützungen in dem Ausmasse, wie sie die Verordnung vom 16. Juni 1932 vorsieht, sich ohne Erschütterungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht durchführen lassen werde. Es war hinzugefügt, dass nach Nachrichten aus der Provinz auch die Behörden der Reichsarbeitsverwaltung mit derartigen Erschütterungen rechneten. Im Interesse der Gemeindefinanzen war ferner darauf aufmerksam gemacht worden, dass durch die vom Reiche verordneten Senkungen der Unterstützungssätze in grossem Umfange unter die Fürsorgerrichtsätze der Bezirksfürsorgeverbände herabsinken würden und dass in diesen Fällen die Bezirksfürsorgeverbände im grossen Ausmass Zusatzunterstützungen bis zur Höhe der Fürsorgerrichtsätze leisten müssen. Die Fürsorgeverbände sind aus eigenem Vermögen jedoch nicht in der Lage, die Zusatzunterstützungen zahlen zu können, und darum hat auch schon der preussische Staatsrat ersucht, dass das Reich die erforderlichen Mittel bereit stelle.

Den Ausgleich durch eine fünfzehnprozentige allgemeine Senkung der Richtsätze herbeizuführen, wie das in einem Schreiben des Reichsfinanzministers als das Mass bezeichnet wurde, das dem Finanzierungsplan der Arbeitslosenhilfe zugrunde gelegt worden ist, hat die preussische Staatsregierung in ihrem Brief an den Reichskanzler als völlig ausgeschlossen bezeichnet. Die Herabsetzung im Rahmen der Senkung, die die Lebenshaltungskosten seit September 1931 erfahren haben, sei das äusserste, was aus politischen und sozialen Gründen verantwortet werden könne - hat sie als ihre Auffassung dem Reichskanzler mitgeteilt.

Man mag über diesen Brief denken, wie man will: Preussen hat ihn aufgefasst als eine Hilfsstellung für die Reichsregierung. Er war diktiert von der Sorge, dass eine weitere beträchtliche Verschlechterung der Lebenshaltung der von der Arbeitslosigkeit betroffenen Volksschichten zu einer ernststen Gefahr für die Sicherheit und Ordnung im Reiche werden könne. Dass er von Herrn von Papen in der Besprechung mit den preussischen Ministern mit keinem Worte erwähnt wurde, ist nicht nur bemerkenswert für die Auffassung des neuen Reichskanzlers über die Zusammenarbeit mit den Ländern, sondern auch für die Beurteilung der sozialen Situation des Volkes, dessen oberster Leiter er durch die Berufung des Reichspräsidenten geworden ist.

Und auch diese Mahnung an den Reichskanzler v. Papen entspringt der Sorge um unseres Volkes Schicksal: Geben Sie sich nicht der Täuschung hin, dass mit Regierungserklärungen und Rundfunkreden die Lösung des Arbeitslosenproblems auch nur im geringsten gefördert werden könne.

Im hungrigen Magen Eingang finden

Nur Suppenlogik mit Knödelgründen!

Und wer Unruhen vorbeugend bekämpfen will, der bekämpfe mit wirksamen sozialen Massnahmen den Unruhestifter aller Zeiten und Völker: den Hunger. Auch das Reich hat Pflichten zu erfüllen, Pflichten, zu denen es sich immer angehalten fühlen sollte von der mit Gründen des Rechts und der Wahrheit bewaffneten Macht der Vernunft und der Erkenntnis, dass weisse und grüne Bohnen in der Bekämpfung von Unruhen wirksamer sind als blaue.

SPD. Die Kommunistische Partei bemüht sich, unter den kommunistischen Arbeitern neue Hetze und neuen Hass gegen die Sozialdemokratie anzufachen. Die Sozialdemokratische Partei steht im Kampfe gegen den Faschismus. Sie hat weder Zeit noch Lust, sich des langen und breiten mit den Kläffern hinter ihrem Rücken zu befassen. Wir begnügen uns also damit, den kommunistischen Führern einige deutliche Worte zu sagen.

Als in Berlin der Belagerungszustand verhängt, die militärische Gewalt gegen Severing eingesetzt wurde, was haben die kommunistischen Führer getan? Sie haben eine schamlose Hetze gegen Severing betrieben. In einem Flugblatt, das sie veröffentlichten, konnte man lesen:

"Severings Panzerwagen nicht mehr ausreichend, antifaschistische Aktion niederzuwerfen... Severing rühmt sich seiner Schande... die SPD Führer haben bis zur letzten Minute versucht, als Exekutiv-Organ der Papendiktatur im Amte zu bleiben."

Nach dieser hasserfüllten Hetzleistung wurde zum Generalstreik aufgefördert - wegen der Absetzung Severings! Die kommunistischen Arbeiter haben ihre Führer allein gelassen, sie haben jedenfalls gefühlt, dass sich hier ihre Verlogenheit und haarsträubende Unlogik die Hand gereicht haben. Das war eine erste Lektion

Wir stellen aber weiter fest: ohne die Blödsinnigkeit der kommunistischen Führung hätte niemals die Reaktion so erstarken können wie es z.Zt. der Fall ist! Denkt daran, wie oft die Kommunisten der Reaktion in den Parlamenten Handlangerdienste geleistet haben! Denkt daran, wie die Harzbürger ihre Hoffnung auf die KPD gesetzt hatten, denkt daran, wie Nazi und Stahlhelm sich der Bundesgenossenschaft der KPD-Führer beim Volksentscheid gegen Preussen erfreuten!

Stellt euch vor, dass die kommunistischen Wähler ihre Stimmen der Sozialdemokratie geben würde, und überlegt euch, wo dann die Reaktion lässt! Im Mauselloch!

Je mehr KPD-Stimmen - umso stärker fühlt sich die Reaktion! Arbeiter, denkt darüber nach!

Einst und jetzt.

Was ist für ein Unterschied zwischen dem Weltkrieg und dem 3.Reich?

Im Weltkriege waren die Söhne des Volkes vorn und die Herren hinten.

Im 3.Reich sind die Herren vorn und das Volk ist hinten.

SPD. Die Verhandlungen des Ueberwachungsausschusses des Reichstags verdienen noch ein Nachwort. Nicht nur dass Nazi-Strasser seinen Zusammentritt zu verhindern versucht hat. Auch der Reichsregierung waren seine Beratungen auch sehr unangenehm. Deshalb erschien sie zunächst überhaupt nicht. Dann stellte sie für ihr Erscheinen Bedingungen und schliesslich sprach sie dem Ausschuss das Recht ab, Beschlüsse zu fassen. Aber alle diese Vorstösse sind vom Ausschuss zurückgewiesen worden. Der Ausschuss zwang den Reichskanzler, den

Reichsinnenminister und den Reichswehrminister zum Erscheinen. Sie brachten einen grossen Stab hoher Beamter mit und bescheinigten dadurch widerwillig die Bedeutung der Beratungen des Ueberwachungsausschusses. Natürlich wird die Regierung dafür von der Rechtspresse gerüffelt.

Man begreift nach dem Verlauf der Auseinandersetzungen im Ueberwachungsausschuss, dass die Regierung Papen-Schleicher nicht den Mut gehabt hat, vor den Reichstag zu treten und ihre Einsetzung und ihre Massnahmen zu verantworten. Ein erstes Auftreten vor der Öffentlichkeit hätte genügt, um den Freiherren den persönlichen Nimbus zu rauben, den sie ihrer Herkunft und der geheimnisvollen Art ihrer Einsetzung als Regierung verdanken. Das Volk hätte gesehen, dass nichts anderes hinter der Freiherrenregierung steht als die Macht des Geldes und der Waffen, dass aber Recht und Gerechtigkeit im Begriffe stehen, von Gewalt und Willkür ersetzt zu werden.

Die frisierten amtlichen Berichte über die Verhandlungen des Ueberwachungsausschusses geben nicht im entferntesten ein zutreffendes Bild von der Schärfe der Vorwürfe, die an die Adresse der Regierung gerichtet worden sind. Sie lassen auch nicht erkennen, zu welchen schwerwiegenden Vorwürfen sie geschwiegen hat. Gewiss, das Schweigen der Regierung beruhte auf der Absicht, auszuweichen um im gegenwärtigen Augenblick keinen neuen Konflikt hervorzurufen. Deshalb liess sie den Vorwurf des Verfassungsbruchs, der ihr mehrfach gemacht wurde, unerwidert. Aber wenn die Regierung auch schwieg, als ihr von bürgerlichen Rednern vorgeworfen wurde, dass sie die Reichswehr zu einer Hilfstruppe der SA. gemacht habe, dass sie eine geistige Mainlinie aufgerichtet hätte, dass sie das Ansehen des Reichspräsidenten in weiten bürgerlichen Kreisen schwer geschädigt habe und dass selbst Frontoffiziere sich darüber entrüsteten, dass der bolivianische Briefschreiber Röhm im Reichswehrministerium ein- und ausgehe, so ist dieses Schweigen ein Schweigen des Schuldbewusstseins.

Schliesslich hat die Regierung mit keinem Worte bestritten, dass alle ihr Massnahmen: Zulassung der Schutzstaffeln Hitlers, Aufhebung des Uniformverbote der Gewaltstreik gegen Preussen, die Verhängung des Belagerungszustandes auf Befehl Hitlers zurückzuführen sind.

Auch bei der Beratung der Elends-Notverordnung vom 14. Juli hüllte sich die Regierung in Schweigen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Hertz stellte fest, dass durch diese Notverordnung weder die öffentlichen Finanzen noch die Sozialversicherung saniert worden seien. Die brutalen Kürzungen seien undurchführbar. Die Arbeitslosigkeit steige beträchtlich. Die Wegnahme von anderthalb Milliarden Kaufkraft verschärfe die Wirtschaftslage, bringe neue Ausfälle für die öffentlichen Finanzen. Schon jetzt sei sicher, dass die Reichskasse im Laufe des Jahres mit einem neuen Fehlbetrag von einer Milliarde, die Kassen der Länder und Gemeinden mit weiteren Fehlbeträgen von 600 - 800 Millionen rechnen müssten. Der Misserfolg Papens in Lausanne, die Unterlassung von Arbeitsbeschaffung beseitige die Aussichten auf Besserung und werde in kurzer Zeit zu neuen Eingriffen in Wirtschaft und Finanzen zwingen.

Auch auf diese Feststellungen wusste die Regierung nichts zu sagen. Der Zustimmung Hitlers auch zu neuen Vorstössen gegen das werktätige Volk gewiss, im Besitz des Vertrauens von Schwerindustrie und Junkern, getragen von den Bajonetten der Reichswehr glaubt sie im Augenblick auf jede Rücksicht auf die Volksstimmung verzichten zu können. Daher hatte der Abgeordnete Dr. Pfleger von der Bayrischen Volkspartei durchaus recht, wenn er die Regierung, die sich jetzt stark fühle, ohne stark zu sein, an das Dichterwort erinnerte: "Lerne die Tiefen des Abgrundes kennen, ehe du hineinspringst."

Und wir ziehen aus alledem die Konsequenzen, indem wir am 31. Juli Liste 1 wählen.

SPD. 51 nahezu völlig unbekannte Naziprofessoren haben einen ebenso schwülstigen wie phrasenreichen Aufruf für die Wahl der "Arbeiterpartei" des Herrn Hitler erlassen. Wen wundert es? An ihren Fröschchen auf den Universitäten haben wir die Herren Lehrer schon längst erkannt. Sie sprechen in diesem Aufruf von der Erneuerung Deutschlands durch das Haken-Papenkreuz und sagen im gleichen Atemzug:

"In dieser selben Zeit ist aus der letzten Kraft instinktiven nationalen Lebenswillens heraus eine Volksbewegung entstanden, emporgetragen von Männern, deren deutscher Charakter, Gesinnungsreinheit und Organisationskraft heute nicht mehr in Zweifel gezogen werden dürfen. Bedenken über einzelne Erscheinungen in der unteren Führerschaft und in der unvermeidlichen Mitläuferschaft dieser Volksbewegung treten für uns zurück, da wir dem Geist der oberen Führer und ihrer erprobten Fähigkeit zur Reinhaltung der Bewegung vertrauen."

Also vertrauen wir "dem Geist und der erprobten Fähigkeit der oberen Führer", etwa: Herrn Judas Hitler, dem notorisch gestempelten Lügner und Mordanbeter Goebbels, dem Herrn Röhm, oberster Führer der SA, Herrn Strasser, der die Nacht der langen Messer ersehnt, Herrn Pastor a.D. Münchmeyer, notorischer Sittlichkeitsverbrecher, Herrn Ley aus Köln, vorbestrafter Sauf- und Raufbold Herrn Roland Freisler, notorischer Ehrabschneider und bolschewistischer Lebensmittelkommissar in Sowjetrussland, und dann die Fememörder: Herr Heines, Herr Schulz, Herr Tscheka-Neumann... Es ist besser den Vorhang zuzumachen. Zum Schluss kommen "die Mitläufer", der Plebs, das Stimmvieh. 51 Professoren, aber Heinrich Heine sang schon: 32 Professoren, Vaterland du bist verloren! Heute haben diese Worte wieder Geltung.

SPD. Vor einigen Tagen ist der Prinz Salvator zu Ysenburg verhaftet aber inzwischen gegen eine Kaution wieder freigelassen worden. Diesem edlen Herrn wird Devisenschiebung vorgeworfen. Er hat über eine Viertel Million Mark Wertpapiere ins Ausland verschoben. Seine Auftraggeber will der Prinz nicht nennen, weil er durch ein Ehrenwort gebunden sei. Zugegeben hat er lediglich: es handele sich um "Stiftungen für Wahlzwecke", die ihm übergeben und die er zum Teil ins Ausland gebracht habe.

Der Prinz steht der "sozialistischen Arbeiterpartei" des Häuptlings der Braunen Häuser nahe. Für den kommenden Prozess hat das Gericht Zeugen geladen die darüber aussagen sollen, ob Prinz Ysenburg, wie er es zu Protokoll gegeben, in schwerindustriellen Kreisen Gelder für Hitler gesammelt und teils abgegeben bzw. verschoben hat. Aber wie der Prozess auch ausläuft, der prinzipielle Schieber passt zu den Schiebern um Hitler. Die Frage ist nur, wer von der ganzen Gesellschaft am meisten schiebt.

SPD. Breslau, 26. Juli (Eig. Drahtb.):

In der Gemeinde Rudelsdorf bei Gross-Wartenberg in Schlesien wurde ein Trupp von Reichsbannerkameraden, die mit ihren Frauen zu einer Kundgebung der Eisernen Front führen, von einer Nazihorde angegriffen und belästigt. Die Nazis stiessen mit Füßen in die Speichen der Fahrräder. Auf diese Weise kam ein Reichsbannermann zu Fall. Er zog sich erhebliche Verletzungen zu. Kurz vor der Einfahrt in Gross-Wartenberg wurden die Reichsbannerkameraden nochmals von Nazis, die ihnen den Weg zu versperren suchten, bedrängt. Zwei Frauen stürzten vom Rade und zogen sich bedenkliche Verletzungen zu. Als die feigen Nazis sahen, was sie angerichtet hatten, rissen sie aus.

Wen wählen die Lahusen?

SPD. Die Brüder Lahusen sind die Inhaber des Nordwolle-Konzerns, des grössten Textilkonzerns Europas. Sie wohnten in einem Schloss von 108 Zimmern. Mit 250 Millionen Mark Schulden haben diese Brüder bankrott gemacht. Die Folge: Banken sind verkracht, im In- und Ausland. Zehntausende von Sparern und Aktienbesitzer wurden an den Bettelstab gebracht. Zehntausende von armen Textilarbeitern liegen seit einem Jahr arbeitslos und hungernd auf der Strasse. Die Lahusen sind angeklagt wegen Betrug, Wechselfälschung, Bilanzfälschung, Schiebung und Unterschlagung. Millionen Mark haben sie in Südamerika in Sicherheit gebracht.

Diese Betrüger haben schon vor ihrem Bankrott auf das "Dritte Reich" gehofft, das ihnen ihre Schulden bezahlen sollte. Sie haben deshalb Unsummen in die Kassen der "Sozialistischen Arbeiterpartei" des Herrn Hitler fliessen lassen. Adolf Hitler war ihr Freund.

Diesen Betrügern hat Hitler jetzt seine beiden besten Anwälte zur Verfügung gestellt: Rechtsanwalt Luetgebrune, der Verteidiger der Fememörder und Rechtsanwalt Frank II, Naziabgeordneter des Reichstags und Kronanwalt des Braunen Palastes zu München.

Die Brüder Lahusen wählen die "Arbeiterpartei" Hitlers und stimmen für die Liste 2.

Die werktätigen und leidenden Massen stehen auf der anderen Seite, gegen das Kapital und seine Helfershelfer im Mostrichkleide. Das Volk steht bei seinen hungernden Brüdern der Textilindustrie. Es steht gegen Hakenkreuz und Papenkreuz bei der Sozialdemokratie und bei der Eisernen Front der Armen. Es lässt die Lahusen Hitler wählen und

stimmt für seine Liste 1.

SPD. In der "Deutschen Allgemeinen Zeitung", die von der Schwerindustrie beherrscht wird und dem Kabinett von Papen äusserst nahe steht, beschäftigt sich jemand in einem Leitartikel mit der Frage: "Wie wählt man Papen?" In der Schwerindustrie muss also dringendes Bedürfnis bestehen, am Sonntag von Papen zu wählen.

Auf die Frage gibt nun die "Deutsche Allgemeine Zeitung" die Antwort, dass der von Papen wählt, der seine Stimme am Sonntag der Rechten gibt, "wobei zu bedenken ist, dass der Nationalsozialismus der Mitwirkung erprobter Facleute und ausgeglichener Persönlichkeiten - (natürlich aus der Schwerindustrie Red.) - bedarf. Nach dem 31. Juli muss eine Umbildung der Regierung unter Führung des jetzigen Reichskanzlers stattfinden, bei der die Nationalsozialistische Partei im Reich und in Preussen herangezogen wird."

Es bleibt also dabei: Wer Hitler wählt, wählt Papen und wer Papen wählt, wählt Hitler!!!

Gibt beiden die richtige Antwort: Wählt Liste 1!

SPD. Fort mit den "Parteibuch-Beamten", war und ist eines der vielen leeren Schlagworte, mit denen die Mostriehemden Deutschland "erneuern" wollen und ihre Anhänger verdammt haben. Gezielt war mit dieser Phrase gegen die republikanischen Parteien und vor allem gegen die Sozialdemokratie, deren Anhänger, obwohl 1/3 des Volkes, vor dem Kriege nicht einmal die Stelle eines Nachtwächters besetzen durften. Die höheren Ämter, angefangen mit dem Landrat, waren eine einzige Domäne für ostpreussische Junker, für den Adel, für die Konservativen und deren Söhne. Dass sie besonders klug und gelehrt gewesen seien, hat niemand besser widerlegt als Bismarck und hat jene Politik bewiesen die in Blut und Breck und Hunger am 9. November 1918 untergegangen ist.

Die Reinigung Deutschlands von den Novemberverbrechern und von den "Parteibuchbeamten" hat inzwischen mit Hilfe Adolf Hitlers begonnen. Die "neue Staatsführung" im Sinne der Braunen Häuser ist da! Was sehen wir? Was ist der Befähigungsnachweis für die neuen Minister und Beamten? Die Gesinnung und das Parteibuch!

In Mecklenburg-Schwerin, in Mecklenburg-Strelitz, in Anhalt, in Oldenburg überall wo die Nazi die Mehrheit allein oder mit den deutschnationalen besitzen überall sehen wir die alten entlassenen Beamten ausschliesslich durch Hitler- und Hugenbergleute ersetzt. Nie waren diese neuen Herren vorher in einem wichtigen Amt, niemand kennt sie, und das einzige, worin sie sich ausgezeichnet haben und was für ihre Ernennung massgebend war, das ist, dass sie jahrelang geschimpft und beschimpft haben, und Adolf Hitler ihr Freund ist. Eine stellenhungrige und postengierige Meute, deren ganzes Streben war, an die Futterkrippe zu kommen.

Genau so ist es jetzt in Preussen. Wie hungrige Wölfe drängen sich die Phrasendrescher heran, das Parteibuch vorzeigend, als Berechtigungsschein für das Amt. Sie wollen Leute und Männer ersetzen, wie Otto Braun, Severing, Harnack, Staudinger, Krüger etc. etc., von denen selbst die bürgerliche Presse rühmt, wie wenig sie Parteibeamte und wie sehr grade die entlassenen Staatssekretäre und Präsidenten jahrzehntelang im Amt erfahrene, sachkundige, verdienstvolle Beamte und anerkannte Persönlichkeiten gewesen sind.

Wenn je "Parteibuchbeamte" in den von Nazi beherrschten Ländern ans Ruder gekommen sind, so ist es jetzt. Und so soll es nach Hitlers Wunsch in ganz Deutschland werden. Ganz Deutschland eine Domäne der Nazi, unter Ausschaltung jeder parlamentarischen Kontrolle und Partei, denn ausser der Nazidiktatur soll jede andere Partei aufhören zu existieren. Adolf als Diktator, die kleineren Adolfs als Verwalter des deutschen Volksvermögens. Muss da nicht jeder Korruption und jedem Betrug Tür und Tor geöffnet werden? Wo bisher Parteien und Parlamente Kontrollinstanzen und stete Kritik waren, da soll jedes freie Wort unterbunden und damit jede Gemeinheit und jeder Nazibeamte gedeckt sein. Das Reichsfinanzministerium als Kassenverwaltung der Naziarteikasse. Die SA als städtisch bezahlte Truppe. Die Naziführer und Nazi-Abgeordnete als die mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Beamten, Landräte, Polizeipräsidenten, Bürgermeister und städtischen Kassierer. Arme Steuerzahler!

SPD. Köln, 26. Juli (Eig. Drahtb.)

In der "Rheinischen Zeitung" vom Dienstag den 26. Juli veröffentlicht Reichstagsabgeordneter Wilhelm Sollmann folgenden offenen Brief an den Reichskanzler: "Herr Reichskanzler! Im Laufe dieses einen Monats Juli haben nationalsozialistische Terroristen im Kölner Bezirk vier Morde verübt. Ausserdem ist in einem Orte bei Trier ein junger Mann von Nationalsozialisten erschossen worden, als sie einen Festzug von Arbeitern, in dem auch viele Frauen und Kinder marschierten, aus dem Hinterhalt überfielen. Nachweislich hat keiner der Ermordeten die Nationalsozialisten angegriffen. Mindestens drei von den Opfern, wahr-

scheinlich aber vier, hatten mit keinerlei Parteipolitik etwas zu tun. Sie sind als ganz Unbeteiligte nationalsozialistischen Mördern zum Opfer gefallen.

Sie, Herr Reichskanzler, haben in Ihrer Rundfunkrede an das deutsche Volk nur von Terrorakten der Kommunisten gesprochen. Auch der von Ihnen zum Reichskommissar in Preussen ernannte Oberbürgermeister Dr. Bracht hat in seiner Rundfunkrede nur vom kommunistischen Terror etwas wissen wollen. Diese mit den Tatsachen klar im Widerspruch stehende einseitige Anklage gegen die Kommunisten wirkt im allgemeinen wie eine Begünstigung der nationalsozialistischen Mordtaten. Die von der Nationalsozialistischen Partei ausgehaltenen Totschläger glauben eine nationale Tat zu vollführen, wenn sie "Untermenschen", wie es in der nationalsozialistischen Presse heisst, erledigen. Durch die einseitige Stellungnahme der führenden Regierungsmänner gegen die Kommunisten, deren Terror genau so verurteilenswert ist wie der Nationalsozialismus, kann Unsicherheit auch in die Exekutivorgane des Staates getragen werden. Nach den Reden konnte angenommen werden, dass die Reichsregierung und der gewaltsam eingesetzte Reichskommissar in Preussen schärfstes Einschreiten nur gegen die Kommunisten, aber Schonung der Nationalsozialisten wünschen. So ist einer der Mörder von dem Untersuchungsrichter "auf Ehrenwort" entlassen worden und nun geflüchtet.

Gegen die Richtung der Staatsautorität und gegen die erst unter Ihrer Regierung in der sonst sehr friedlichen Bevölkerung sich häufenden politischen Morde erhebe ich Einspruch und verlange, dass die Reichsregierung sich gegen den blutigen Terror der Nationalsozialisten mit derselben Schärfe wendet wie gegen die terroristischen Ausschreitungen von Kommunisten.

Wilhelm Sollmann M.d.R."

Noch vier Tage!

SPD. In vier Tagen halten wir Abrechnung! Lasst diesen Ruf erschallen durch Stadt und Land, von der Mietskaserne zum Siedlungshaus, von Wohnung zu Wohnung, von Hütte zu Hütte, von Werkstatt zu Werkstatt, von Stempelstelle zu Stempelstelle! Weckt die Schlummernden, drängt die Säumigen, rüttelt die Zaudernden, ruft es millionenstimmig durch das Land:

Gegen die Barone und gegen ihre Helfershelfer in den Braunen Häusern - für die Armen, für soziales Recht und politische Freiheit! Erwache Volk, erwache!

SPD. Paris, 26. Juli (Eig. Drahtb.)

In dem Prozess gegen den Präsidentenmörder Gorgulow wurde am Dienstag Nachmittag das Zeugenverhör fortgesetzt. Der Polizeikommissar, der Gorgulow zuerst vernommen hat, der frühere Minister Piétri, der Augenzeuge des Attentats war und ein Waffensachverständiger machten Aussagen, die keine neuen Einzelheiten zutage förderten.

Dem ehemaligen Kosaken Lazarew, der als Landarbeiter in Südfrankreich tätig ist und während der Voruntersuchung ausgesagt hatte, er erkenne in Gorgulow einen ehemaligen Tschekisten wieder, wurde eine Photographie von Gorgulow vorgelegt. Er erklärte, das Bild gleiche nicht dem Mann, den er als Gorgulow gekannt habe. Vor Gericht hielt Lazarew seine alten Aussagen aufrecht.

und führte aus, dass er als Mitglied der Wrangel-Armee verwundet und in ein Krankenhaus von Rostow eingeliefert worden sei. Dort hätten sich zahlreiche Studenten befunden, unter ihnen auch Gorgulow. Man habe ihm, dem Zeugen, nicht verschwiegen, dass Gorgulow verdächtig erscheine. Er habe sich daher in der medizinischen Hochschule, die Gorgulow besuchte, erkundigt. Dort seien zwei Professoren tätig gewesen, ein Georgier und ein Deutscher namens Fuchs. Er habe den Eindruck gewonnen, dass es sich um eine Spionageschule handle. Er, Lazarew, sei später der Tscheka auch verdächtig geworden und habe vor ihr erscheinen müssen. Eines Tages sei der Führer der dortigen Tscheka abberufen und durch Gorgulow ersetzt worden. Gorgulow habe ihn im Gefängnis besucht und ihn, weil er eine Aussage über die Herkunft seiner falschen Papiere verweigerte, mit einem Gewehrkolben niedergeschlagen. 19 andere Gefangene seien in Gegenwart Gorgulows ebenfalls misshandelt worden. Auf die Frage des Vorsitzenden ob er den Angeklagten damals unter dem Namen Gorgulow gekannt habe, erwiderte der Zeuge, man habe ihn den Kameraden Mongol genannt. Er erkenne aber Gorgulow an seiner Stimme und an seinem Aussehen wieder. Der Zeuge bestätigte kategorisch, dass Gorgulow Tschekist sei.

Auf die Aufforderung, zu dieser Aussage Stellung zu nehmen, erklärte Gorgulow, alles sei Lüge und ein verbrecherisches Verhalten. Der Zeuge habe wahrscheinlich Geld von Monarchisten erhalten, um ihn vor seinem Tode zu entehren. Er habe nie der Tscheka angehört, er habe in Rostow studiert. Er sage die volle Wahrheit, während Lazarew lüge. Mit den Worten: "Es ist traurig" sank Gorgulow auf der Anklagebank zusammen und begann zu weinen. Der Hauptverteidiger Géraud machte das Gericht darauf aufmerksam, dass dem Zeugen eine Photographie Gorgulows aus dem Jahre 1920 vorgelegt worden sei, und dass dieser den Angeklagten darauf nicht erkannt habe.

Als nächster Zeuge wurde Dr. Genil-Perrin, einer der drei Ärzte vernommen, die Gorgulow auf seinen Geisteszustand untersucht haben. Der Zeuge sagte aus, er und seine Kollegen hätten ihren Bericht in voller Freiheit ohne irgendeinen Druck ausgearbeitet. Der Angeklagte besitze eine Kultur, die er nicht ganz verdaut zu haben scheine. Er sei Literat und besitze also eine Tendenz zum Ueberschwang und zur Erfindung. Russe und Literat, überall verjagt, das seien drei Ausdrücke, die man beachten müsse, um seinen Geisteszustand zu würdigen. Anzeichen dafür, dass er ein Kandidat für die Paralyse sei, wären nicht vorhanden. Der Zeuge suchte dann die Schlussfolgerungen dreier Privatärzte, die Gorgulow als geisteskrank erklärt haben, zu widerlegen. Da einer dieser Ärzte Russe ist, verstieg sich der Zeuge zu der Erklärung, in den Schlussfolgerungen und in der Haltung seines Kollegen Lvow finde man grosse Ähnlichkeiten mit der Haltung Gorgulows. Darauf erklärte der Hauptverteidiger: "Dr. Lvow ist kein Verrückter". Nein, erklärte der Zeuge, aber er sei ein Russe. Der Zeuge führte weiter aus, dass Gorgulow geistige Besonderheiten aufweise, aber keine geistige Störung, und dass er als verantwortlich angesehen werden müsse.

Dazu erklärte Gorgulow, die Ärzte hätten ihn überhaupt nicht untersucht. Sie hätten ihn wie Gendarmen ausgefragt. Als der Zeuge dann erklärte, er habe immer sagen hören, dass der Kaukasus ein Land der Legende sei, erklärte der Hauptverteidiger, Gorgulow sei gar kein Kaukasier. Diese Enthüllung versetzte den Zeugen derart in Erstaunen, dass das Publikum darüber in ein schallendes Gelächter ausbrach und gegen die wissenschaftliche Unzulänglichkeit des Zeugen protestierte. Die beiden anderen Gerichtsärzte schlossen sich den Erklärungen ihres Kollegen an, hielten sich aber an rein wissenschaftlichen Erklärungen. Dann wurden mehrere Privatärzte vernommen (unter ihnen jedoch nicht der vorher genannte Dr. Lvow), die zu anderen Schlussfolgerungen gekommen sind. Sie sagten aus, dass die Vergangenheit des Angeklagten, seine konfusen Schriften und sein Grössenwahnsinn dafür sprächen, dass er geistig krank und daher für seine Tat nicht verantwortlich sei.

SPD. München, 26. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Redakteur der Münchener Post Goldschagg wurde im Frühjahr während des Reichspräsidentenwahlkampfes bei der Rückkehr von einer Versammlung der Eisernen Front in Freising von hinten überfallen und geschlagen. Der Nazifeigling konnte gefasst und der Polizei übergeben werden. Er wurde später zu einer ungewöhnlich milden Strafe von 160 Mark verurteilt. Der Erfolg dieser Milde war, dass das Braune Haus diesen Burschen zum SA-Sturmbannerführer von Freising machte.

In der Berufungsverhandlung, die am Mittwoch vor dem Münchener Landgericht stattfand, kam der Röhmbandit weniger glücklich davon. Er wurde zu einem Monat Gefängnis ohne Bewährungsfrist verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 2 Monate beantragt mit der Begründung, dass der Verwilderung der politischen Sitten durch die Einführung des Faustrechts auf der Strasse rücksichtslos gesteuert werden müsse.

SPD. Köln, 26. Juli (Eig. Drahtb.)

Unter dem dringenden Verdacht, vor einigen Tagen in Wesseling bei Köln einen Klempner H. Stuck, einen Vater von 3 Kindern, ohne jede Veranlassung erschossen und einen anderen Arbeiter am Kopf verletzt zu haben, wurde der Bonner Sturmbannerführer der Nazis Otto Feldmann verhaftet. Zwei Zeugen erkannten in Feldmann den Täter. Trotzdem liess ihn der Untersuchungsrichter bald nach seiner Festnahme wieder frei mit dem Versprechen, am nächsten Tage wieder zu erscheinen. Als Feldmann am nächsten Tage wieder erschien und von weiteren Zeugen ebenfalls als Mordgeselle erkannt wurde, was den Untersuchungsrichter nun endlich veranlasste einen Haftbefehl auszufertigen, nahm Feldmann Reis aus.

Das ist in Bonn in kurzer Zeit der zweite Fall, dass Nazischiesshelden entwischt sind. Vor drei Wochen wurde in Bonn vor dem Arbeitsamt ein Arbeitsloser niedergeschossen und schwer verletzt. Der Schütze verschwand. Er konnte bis heute noch nicht verhaftet werden. Auch er ist ein Sturmbannerführer der Nazis. Es ist der angebliche Kaufmann Paul Kallenberg, ein Zuchthäusler, dem die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen wurden und der unter Polizeiaufsicht stand.

Reichsbannerleute oder Kommunisten erfreuen sich nicht solcher rücksichtsvollen Behandlung wie die Nazischiesshelden. Aber so will es ja die "neue Ordnung" im Reich und in Preussen.

SPD. In Berlin-Brandenburg ist am Dienstag Mittag 12 Uhr der Ausnahmezustand aufgehoben worden. Nach fünftägiger Herrschaft des Militärbefehlshaber General Hundstedt, ist die zivile Macht wieder im Amt und das Zivilgesetz wieder in Kraft.

Es waren fünf Tage, die zwar nicht die Welt erschüttert, aber im In- und Ausland eine Wirkung hervorgerufen haben, die so leicht nicht wegzuradiieren sein werden und nur das Gegenteil dessen hervorgerufen haben, was sich die Vollstrecker der Gewalt gedacht haben. Registrieren wir: Mit Gewalt wurde die verfassungsmässige preussische Regierung für abgesetzt erklärt, mit Gewalt wurden die Minister aus ihren Amtsräumen entfernt. Gewaltsam wurden die Leiter der Berliner Polizei aus ihrem Dienst geholt, verhaftet und wieder freigelassen. Einen Tag später um vier Uhr früh wurde Oberst Heimannsberg wie ein Verbrecher wiederum aus dem Bett heraus verhaftet, eingesperrt und wieder freigelassen. Die Ursache dieser Aktion war eine Denunziation einer Hitler-Kreatur. Auf Grund einer Denunziation wurde ferner der sozialdemokratische

Schriftsteller Robert Breuer festgenommen. Er sitzt heute noch in Zwangshaft, obwohl 50 Zeugen beschwören, dass er die ihm von einem Denunzianten unterstellten Äusserungen nie getan hat. Reichsbannerleute wurden grundlos verhaftet, ihre Wohnungen umstellt und durchsucht. Nirgends war ein Verdacht und die Ursache dieser Tagen gerechtfertigt. Zeitungsverbote fehlten natürlich ebenfalls nicht.

Und wozu dies alles? "Um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen"! Deshalb sind die preussischen Minister, sind die Ober- und Regierungspräsidenten, und Polizeipräsidenten verfassungswidrig für abgesetzt erklärt worden, deshalb wurde der Ausnahmezustand verhängt, wurde die persönliche Freiheit des Staatsbürgers für aufgehoben erklärt. Es war die Angst der gegenwärtigen Machthaber vor dem Unwillen des Volkes, das gegen sie erwachen könnte, die Angst in dem Gefühl eine verfassungswidrige Handlung begangen zu haben, die Millionen nicht hinnehmen würden. Das Volk hat Disziplin gezeigt. Es wird den Tag der Abrechnung selbst bestimmen.

Und die Ruhe und Ordnung? Sie wurde nicht "wiederhergestellt", sie wurde gefährdet, indem an die Geduld dieses armen, geprüften Volkes geradezu ungeheuerliche Anforderungen gestellt wurden. Dennoch gab es Tote und Verwundete. Aber die Ordnung ist nach von Papen und Bracht "wiederhergestellt". Diese Gemütsmenschen.....

SPD. Kiel, 26. Juli (Eig. Drahtb.)

In der Provinz Schleswig-Holstein äussert sich die "Ruhe und Ordnung" der Nazibarone in seltsamer Weise. Seit Tagen durchziehen die Nationalsozialisten in grossen Haufen die Strassen der Städte und Dörfer und kümmern sich den Teufel um das Demonstrationsverbot. Versammlungen der Eisernen Front werden überfallen und unmöglich gemacht. Die Zahl der Zusammenstösse, ja selbst die Ziffern der Leicht- und Schwerverletzten werden kaum mehr gezählt. Der Naziterror herrscht auf der ganzen Linie. Ein toter Reichsbannermann und 3 Schwerverletzte sind bisher als Opfer der "neuen Ordnung" zu beklagen.

Wesentliche Zusammenstösse waren in den letzten Tagen in Elmshorn zu verzeichnen, wo die Nazis in aufreizender Weise während einer Flugblattverteilung provozierten. Fast zur selben Stunde verhinderte nur die ruhige Entschlossenheit der republikanischen Bevölkerung in Kiel eine blutige Strassenschlacht zu deren Vorbereitung die Nazis einige tausend SA-Leute aus der Umgebung herangeholt hatten. Wie die Bestien aber hausten die SA-Leute in dem von einer sozialdemokratischen Mehrheit beherrschten Friedrichskoog an der Nordseeküste. Dort stürmten sie eine Versammlung, in der Louise Schröder sprechen sollte und verübten im Anschluss daran eine Gewalttat nach der anderen. Mit Pistolen, Dolchen und Schlagringen fielen sie über die als Sozialdemokraten bekannten Ortsansässigen her und beschossen auch das Auto der Referentin.

SPD. Der Berliner Polizeimajor Enke, der mit dem Obersten Heimannsberg am Donnerstag früh aus dem Bett heraus verhaftet worden war, ist am Dienstag in die Freiheit zurückgekehrt. An Enke hatte sich ein Provokateur in Gestalt eines Schupowachtmeisters Schuhmacher herangemacht, der dem republikanischen Major einen Aufstandsplan gegen die Nazi-Barone unterbreiten sollte. Auf die Anzeige desselben Schuhmacher wurde Enke festgenommen. Inzwischen ist gegen den Denunzianten und Provokateur Schuhmacher ein Verfahren wegen falscher Anschuldigungen eingeleitet worden. Wann wird dieses Subjekt festgesetzt?

Der Fall Enke endet ebenso mit einer Blamage wie alle Fälle, die in Berli

Brandenburg gegen unbescholtene, angesehene Persönlichkeiten unter dem Ausnahmezustand konstruiert werden konnten. Es bleibt der Fall Robert Breuer. Breuer sitzt immer noch in Haft. Aber wahrscheinlich wird auch er am Mittwoch endlich freigelassen.

SPD. Breslau, 26. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Breslauer SA hielt am Montag Abend in einer Breslauer Saalgaststätte einen geheimen Appell ab. Als es in der Nähe zu Zusammenstößen mit Kommunisten kam, in deren Verlauf drei Personen leicht verletzt wurden, nahm die Polizei eine Durchsuchung der Nazis vor. Es wurden Schlagwerkzeuge, Schlagringe und Scheintodpistolen gefunden. Mehrere Hakenkreuzler griffen einen Polizeibeamten tätlich an und brachten ihm Verletzungen bei.

SPD. Warschau, 26. Juli (Eig. Drahtb.)

Die in Moskau erfolgte Unterzeichnung eines polnisch-russischen Nichtangriffspaktes wird von der polnischen Regierungspresse als ein Schlag gegen die deutsche Aussenpolitik gefeiert, deren Zusammenarbeit mit der Sowjetunion dadurch aufs neue erschwert werde. Die Ueberwindung der bisherigen Schwierigkeiten für die polnisch-russische Verständigung ist, so wird festgestellt, vor allem der Haltung der Papen-Schleicher-Regierung und Hitlers zu danken. Diesen falle die Zerschlagung von Rapallo leichter als die von Versailles. Zugleich wird angekündigt, dass bereits in nächster Zeit polnische Handelsvertragsverhandlungen mit Russland beginnen, um die sich Polen bisher in den letzten 12 Jahren vergeblich bemüht hat.

SPD. Das sozialdemokratische "Volksblatt"-Finsterwalde ist auf fünf Tage verboten worden. Die Ursache war ein im lokalen Teil des Blattes veröffentlichter Artikel gegen Herrn von Papen.

Das Verbot wurde dem Verlag des Blattes durch das Reichswehrministerium, zwanzig Minuten vor dem Ende des Ausnahmezustandes mitgeteilt. Sozusagen der Abschiedsgruss und die Abschiedskarte aus "Finsterwalde" an Finsterwalde.

SPD. Breslau, 26. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Pressestelle des Polizeipräsidioms teilt mit: Auf Grund verschiedener Beobachtungen der Politischen Polizei wurde am Dienstag bei 10 Personen, die der KPD angehören, Haussuchung vorgenommen. Es wurden ein Karabiner mit 102 Schuss Infanteriemunition, eine Pistole mit 10 Schuss Munition, ein schwerer Artilleriesäbel und mehrere verbotene kommunistische Schriften gefunden. Die Durchsuchungen erstreckten sich insbesondere auf die östlichen Stadtteile Breslaus.

SPD. Gegen die Verhaftung Robert Breuers und für seine Wahrheitsliebe haben sich in einem Brief an den Oberreichsanwalt folgende bedeutende Männer und Künstler eingesetzt: Max Liebermann, Präsident der Akademie der Künste, Thomas Mann, Hans Baluschek, Fedor v. Zobeltitz, Carl Haensel und Werner Bergengruen.

Anm.f.d.Red.: Den Abonnenten unseres Funkdienstes übermitteln wir am Mittwoch mehrere Blocks zur Aufnahme unserer Funkmeldungen in der Nacht zum 1. August. Die Ergebnisse werden in der Reihenfolge der auf diesen Blocks verzeichneten Parteien übermittelt. Als Vergleichsziffern werden wir die Ergebnisse der letzten Reichstagswahl bzw. Landtagswahlen, soweit in den Wahlkreisen Landtagswahlen seit der Reichstagswahl stattgefunden haben, heranziehen. Den wesentlichen Teil dieser Vergleichsziffern werden wir den Redaktionen bis Sonnabend zur Verfügung stellen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Blicke ins "nationale" Deutschland.

SPD. Achtung, Achtung, hier wimmert die Angst des Herrn Hugenberg!

Am laufenden Band des nationalkonzentrierten Rundfunks wird am Donnerstag, den 28. Juli Hugenberg das Mikrophon strapazieren und eine Rundfunkrede halten. Als Hugenberg im Stadion in Berlin durch den Lautsprecher reden wollte, funktionierte die Lautsprecheranlage nicht und das war gut, nämlich für die Zuhörer. Diesmal wird die Funkerei durch Deutschland funktionieren, aber wir nehmen an, dass auch diesmal die Lautsprecher abgestellt werden, nämlich durch die empörten Kunden des Rundfunks, die allmählich den Unfug der nationalkonzentrierten Sendungen satt haben. Wieder einmal werden sie eine halbe Stunde lang um ihre Rundfunkgebühren geprellt zu Gunsten eines hohlen Sprüchemachers den sie nicht hören wollen. Der verschwindend kleine Teil der Rundfunkhörer, der Hugenberg aus dem Lautsprecher heraus schreien lassen wird, ist ebenfalls geprellt, denn wer nicht vollständig zu den geistig Armen gehört, der wird bei dieser Rede entweder den heftigen Drang verspüren, einzuschlafen oder davon zu laufen! Da wir in der glücklichen Lage sind, diese Hugenbergrede schon vorher zu kennen, können wir uns ein Urteil darüber erlauben. Es sei uns aber ferne, Pointen aus dieser Rede unseren Lesern vorsetzen zu wollen, denn sie hat keine. Kläglich inhaltlos plätschert sie dahin, um in einem grossen Gewimmer zu enden. Dies Gewimmer lautet:

"Wenn alles wieder gut werden soll, müssen die bisherigen regierenden Mächte, Zentrum und Sozialdemokratie völlig aus der Regierungswelt ausgeschaltet werden. Auch das Zentrum. Deutschland wäre verloren, wenn Zentrum und Nationalsozialismus sich finden und gemeinsam Deutschland regieren wollten."

Da hat einer deutlich erkennbare Angst. Der Mann von Harzburg, der Hitler grossgezüchtet hat, fürchtet mit einem Tritt des SA=Stiefels in die Ecke zum alten Gerümpel befördert zu werden. Diese Angst ist verdientes Schicksal und wenn sie am Donnerstag aus den Lautsprechern der schwarzweissroten Nationalisten und Monarchisten herauswimmern wird, so werden seine Getreuen mit ihm wimmern!

Das nationale Gesindel.

Die aufbauwilligen Kräfte des Herrn von Papen haben von ihrer nationalen Gesinnung eine Kostprobe gegeben, von der den Nationalsozialisten schwarzweissroter Couleur Hören und Sehen vergangen ist. Auf einer Hitler-Kundgebung in Stralsund wurde die Wahlrede Hitlers eingerahmt von den Reden eines Dänen und eines Schweden. Redner Nr. 1 hat den Zorn der Hugengerer erregt, weil sie nicht vergessen "dass Dänemark dem wehrlosen Deutschland durch den Versailler Schandvertrag hinterrücks Nordschleswig raubte". Warum die Aufregung, wenn Hitler mit einem Dänen zusammen redet? Die sogenannten Nationalisten in Deutschland haben so lange zu Hitlers Verrat an Südtirol geschwiegen, dass ihnen die Erregung über Hitlers Freundschaft mit dänischen Nationalisten nicht gut ansteht. Wenn Hitler erst erklären wird, dass die Interessen der Deutschen in Nordschleswig hinter seinen "arteiinteressen zurücktreten müssen", werden sie auch schon wieder stille sein!

Noch mehr erregt man sich bei den Nationalen Hugenberg'scher Couleur

Über die Rede des Schweden. Die war wirklich saftig:

"Wer von dem gebildeten Gesindel, das sich national nennt, hat das kommunistische Manifest gelesen?... Auch in Schweden hat man ähnliche Hallunken wie die Deutschnationalen in Deutschland und hat man Kapitalisten. Ja, das Volk ist ausgesaugt bis auf die Knochen durch die Kapitaldemokraten und das nationale Gesindel."

Das Volk ausgesaugt durch Kapitalisten und das nationale Gesindel? Ganz ausgezeichnet, umso ausgezeichneter als die ganze Partei des Herrn Hitler nicht anderes ist als eine Mischung aus Kapitalisten und nationalem Gesindel! "Nationales Gesindel" - dies Wort als Vorspruch zu einer Hitlerrede unter dem dröhnenden Beifall der Hitler'schen Salzsteuersoldaten in eine Nazi-Kundgebung hineingeworfen - kann die Selbstverhöhnung noch höher gesteigert werden?

Theorie und Praxis.

Braunschweig hat eine patentnationale Regierung. Dafür bürgt der Nazi-Klagges, der an ihrer Spitze steht. Diese patentnationale Regierung hat mit die Theorie der nationalen Wirtschaft in Braunschweig ad absurdum geführt. In der Nähe der Stadt Braunschweig ist seinerzeit Petroleum festgestellt worden. Die braunschweigische Regierung hatte einer englischen Firma der British Borneo Petroleum Syndikat Ltd. eine langfristige Petroleum-Konzession, die etwa 54 englische Quadratmeilen umfasst, gegeben. Sie hatte von der Forderung eines Kaufpreises dafür vollständig abgesehen, die Konzessionsnehmerin hat lediglich eine Art Pacht zu zahlen, die bei Beginn einer regelrechten Erdölförderung in eine laufende Abgabe an den Staat umgewandelt werden soll.

Wir fragen: Wo bleibt die nationale Wirtschaft? Nach den "nationalen" Grundsätzen der Nazis hätte Herr Klagges einen dicken Strich ziehen müssen. Wie kommt es, dass der Nationalsozialist Klagges kein Bedenken gegen die Duldung der Staatskonzession an die Anglo-Persian Gruppe gehabt hat? Liegt hier nicht ein neuer Hinweis für die freundschaftliche Verbindung der NSDAP mit den englischen Ölkonzernen vor oder nur die alte Erscheinung, dass Theorie und Praxis bei den Nazis nichts miteinander zu tun haben?

Der Vertreter des Reichs.

Wir lesen in der Rechtspresse dumme Witzeleien über die Vertretung Preussens vor dem Staatsgerichtshof, antisemitisch hämische Glossen über den preussischen Vertreter Dr. Badt. Wir sind dies gewohnt und pflegen über solche Ausbrüche des Deutschland Schande machenden Antisemitismus mit Verachtung hinwegzusehen. In diesem Falle aber wollen wir der antisemitischen Presse eine Lektion erteilen, die sie sich hoffentlich merken wird. Wir können es uns nicht versagen darauf hinzuweisen, dass Dr. Badt vor den Schranken des Staatsgerichtshofes sich in bester jüdischer Gesellschaft befunden hat. Der Vertreter des Reiches, Herr Dr. Gottheiner, ist ein Deutschnationaler vom reinsten Wasser, weswegen er auch ins Reichsinnenministerium berufen worden ist. Dieser deutsch nationale Vertrauensmann ist der Sohn eines Regierungsbaumeisters Gottheiner. Dieser Regierungsbaumeister Gottheiner wieder ist ein geborener Jude, er hat sich taufen lassen, weil er als Jude nicht hätte Regierungsbaumeister werden können. - Wir stellen das beileibe nicht als Vorwurf gegen Herrn Gottheiner fest, wir finden vielmehr, dass Herr Gottheiner bei der Begegnung mit Herrn Badt Verständnis gehabt haben wird für den folgenden Satz von Nietzsche: "Die Juden sind in unbedingtem Sinne gescheit, einem Juden zu begegnen ist eine Wohltat, gesetzt, dass man unter Deutschen lebt". Stärker als die antisemitische Rechtspresse wird Herr Gottheiner diesen Satz verstehen und deswegen wahrscheinlich auch nicht ungern an seine Abkunft zurückdenken. Wir haben die Feststellung über seine Abkunft getroffen, um zu sehen, wie sich die jüdische Presse mit ihm verhalten wird.

Aus aller Welt

Die Niederlage der Tyrannei

Der "rote Alpdruck" geht um. - "Ein Attentat auf die Volksfreiheit."

SPD. In Berlin ist der Belagerungszustand aufgehoben. In Braunschweig darf der "Volksfreund" wieder erscheinen. Aber in Oldenburg hat die Naziregierung am Dienstag die Delmenhorster "Volksmacht" verboten. Dem sozialdemokratischen Organ in Finsterwalde wurde ebenfalls das Erscheinen auf 6 Tage untersagt. Diese Strafexpeditionen gegen die freiheitliche Presse erinnern lebhaft an ähnliche Massnahmen des herrschenden Regimes vor fünfzig Jahren. Aus Angstträumen Bismarcks, Träumen vom "roten Alpdruck", wurde das Sozialistengesetz geboren....

Die Periode schwärzester Reaktion, die nach den Märztagen von 1848 auf die deutsche Arbeiterschaft drückte, stärkte die junge organisierte, sozialistische Bewegung. Die beiden, noch getrennt marschierenden Parteien der Lassalleaner- und Eisenacher Sozialdemokraten hatten im ersten Wahlkampfe sofort 100 000 Stimmen erobert. Es kam bald zu einem allgemeinen Vormarsch. Die Arbeiter versuchten, aus der dumpfen Atmosphäre politischer Reaktion herauszukommen. Die beiden sozialistischen Parteien einigten sich; mit blitzenden Waffen zog der Arbeiterblock täglich gegen Bismarcks Junker-Regime zu Felde. Mit grösster Sorge beobachtete Bismarck die "einseitige" und ungewollte Wirkung seiner reaktionären, feudalen Innenpolitik. Mit allen Raffinements des politischen Terrors versuchte er die aufkommende Arbeiterbewegung zu hemmen und zu unterbinden. Sie war nicht aufzuhalten.

Selbst die mehr oder minder provozierten und bestellten Attentate auf den Hohenzollernpotentaten und der "gewonnene" Krieg vermochten Bismarcks Position in der deutschen Arbeiterschaft nicht zu festigen. Die Arbeiterbewegung wuchs und konnte bald, im Jahre 1877, eine halbe Million Stimmen für sich buchen. Ein Erfolg, der bei dem damals herrschenden Wahlterror und der offenen Wahlbeeinflussung durch die herrschenden Cliquen äusserst beachtenswert war. Bismarck konnte sich nicht mehr helfen. Unter dem Drucke der lüstern gewordenen Grossbourgeoisie nahm er einen Don Quichote-haften Kampf gegen die mehr und mehr erstarkende Sozialdemokratische Partei auf. Er musste seine Energie um so eiliger politische Kraft werden lassen, als die Politik honorer Schutzzölle, die von den Agrariern und Grossindustriellen eingeleitet war, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse täglich verschlechterte; ausserdem wurde auch durch indirekte Steuern, nach Art unserer heutigen Papensteuern, die Lebenslage verschlimmert. Das Ende der Schraube war gar nicht abzusehen. Man sieht: die Salzsteuerpolitik der Nazis hat ihr würdiges Vorbild.

Bismarck wollte den Unwillen der Arbeiterschaft gegen die bedrückenden Steuern, Zölle und politischen Massnahmen brechen. Er begann mit einem grossangelegten Pressefeldzug gegen die "rote Sozialdemokratie". Alle Register der öffentlichen Meinung wurden von ihm gezogen. Presselakaien reagierten gehor- samst auf jeden Wink des Junkerkanzlers; es gab schon immer einen Hugenberg. Zahllose Schmutzkübel von Verleumdungen und Verdächtigungen wurden auf die Sozialdemokraten ausgeschüttet. Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung", Bismarcks Leiborgan, sprach sich ganz ungeniert über den Zweck dieser Hetze aus: "Den liberalen Philister muss der rote Lappen solange vor der Nase herumgeschwenkt werden, bis er glaubt, es sei der Feuerschein der brennenden Städte!"

Alles was irgendwie verdächtig war, wurde aus den Stellungen entfernt, gemässregelt oder wirtschaftlich boykottiert. Genau wie heute, unter Hitlers "Betriebsorganisation", schlossen sich die Unternehmerverbände zusammen und vereinbarten, in ihren Betrieben keine Sozialdemokraten, sondern nur "national-gesinnte, deutsche Arbeiter" zu beschäftigen. Sie verlangten sogar, wie Hermann Wendel einmal treffend ausgeführt hat, den "kapitalistischen Rüttelschwarz" von ihren Arbeitern, dass "sie sich nie sozialdemokratisch betätigen würden. Und aus den Spalten der nationalen Presse klang überall der Ruf der Lüneburger Professoren: "Schlagt mit geballter Faust das beutegierige, sozialdemokratische Gesindel ins Gesicht!" Der Stil professoraker Demagogen nationaler Färbung Coleurs unterschied sich schon damals sehr wenig vom Räuberjargon der Hitlerbanditen.

Nach der Pressehetze erschien der Entwurf des Sozialistengesetzes. Es fiel zunächst im alten Reichstag durch, nachdem Wilhelm Liebknecht trotzig erklärt hatte "die sozialdemokratische Fraktion halte es unter ihrer Würde, sich an der Debatte über das beispiellose Attentat auf die Volksfreiheit zu beteiligen". Bismarck musste den Reichstag auflösen. Es wurden neue Terrorwahlen ausgeschrieben bis eine gefügige Mehrheit da war und das Sozialistengesetz durchgebracht werden konnte. Mit 221 gegen 149 Stimmen wurde es angenommen. Wilhelm Bracke gab die Antwort auf dieses Ausnahmegesetz, er rief: "Wir pfeifen auf das Gesetz!" Und so geschah es.

Während die Reaktion blind gegen die deutsche Sozialdemokratie wütete, nicht weniger als eintausend Jahre Gefängnis verhängte, 1929 mal Zeitungen verboten und 322 mal sich an Verbote gegen Gewerkschaften, Unterstützungskassen der Arbeiter und politische Vereine heranmachte, blieb der rote Block unerschütterlich. Bismarck gebärdete sich wie ein Syndikus der Grossindustrie, er war der geschicktere, weil klügere Vorgänger der heutigen feudalistischen Macher. Die dauernden Verfolgungen und Strafexpeditionen gegen die Sozialdemokraten wiegten die Sozialistenfresser in der Hoffnung, dass dieser Aderlass, der die Sozialistenführer Hab und Gut, und Existenz kostete, die Arbeiterorganisationen zum Verbluten bringen würde. Weit gefehlt. Unter Führung von Bebel, Singer, Liebknecht hielt die sozialdemokratische Partei eiserne Disziplin und kämpfte heroisch gegen diese Machtpolitik reaktionärer Junker und Barone an. Sie liess sich nicht provozieren, wie die Herren Militärs es gern gewollt hätten. Und ihre politische Klarheit und beispiellose Hingabe an die Führung ihrer Partei machte zuletzt den ganzen Ausnahmezustand illusorisch.

Das Gesetz musste aufgehoben werden. Bismarcks Kampf gegen die "Roten" endete mit einer glatten Niederlage. "Der Reichskanzler hat nicht uns, sondern wir haben ihn", bemerkte sarkastisch Wilhelm Liebknecht, als das Schandgesetz fiel. Vier Wochen später musterte die deutsche Sozialdemokratie ihre ersten anderthalb Millionen Stimmen im Wahlkampfe, eine schlagende Illustration zur erzieherischen Wirkung der Politik der Diktaturbarone und des Ausnahmezustandes W.S.

+ + +
Elli Beinhorn in Berlin. Die Amerika-Fliegerin Elli Beinhorn landete am Dienstag-Nachmittag um fünf Uhr im Flughafen Berlin-Tempelhof. Zahlreiche offizielle Vertreter und Zuschauer bereiteten der Fliegerin einen herzlichen Empfang.

+ + +
Auch in China... Die chinesischen Journalisten haben sich zu einer Berufsvereinigung zusammengeschlossen. In der Gründungsverhandlung fassten sie eine Entschliessung gegen die Zensur.

+ + +
Gekentert. Bei Fehmarn-Belt Feuerschiff ist am Dienstag-Nachmittag das Segelschulschiff "Niobe" der Reichsmarine in einer Gewitterböe gekentert.

Gesunken. In der Nähe von Gotland stiess der Hamburger Frachtdampfer "Renate" (201 t) gegen ein Wrack, wurde leck und sank. Die Besatzung konnte gerettet werden. Die "Renate" war mit Eisen von Ymuiden nach Finnland unterwegs.

+ + +
Bluttausch. Ein Sattlermeister in Gross-Fluguth bei Oels (Schlesien) erschlug mit einem Beil seine Frau, seine Tochter und seine Schwiegermutter. Selbst die Haustiere schlachtete er in seinem Bluttausch auf bestialische Weise ab. Nach der Tat steckte der Mörder das Haus in Brand und erhängte sich. Ein ehelicher Zwist wird als äusseres Motiv des Wahnsinnsausbruchs vermutet.

+ + +
Hirth verunglückt. Auf dem Stuttgarter Flugplatz Böblingen wurde der bekannte Pilot und Flugzeugkonstrukteur Helmuth Hirth von einem plötzlich anlaufenden Flugzeugpropeller getroffen. Der Verunglückte erlitt schwere Armverletzungen.

+ + +
Es bleibt schön! Nach den übereinstimmenden Feststellungen der deutschen Wetterwarten steht jetzt für ganz Deutschland auf längere Zeit eine Periode hochsommerlichen Wetters bevor. Regen ist kaum zu erwarten.

+ + +
Kino am Tage. Beim Prager Patentamt wurde eine neue Kinoprojektions-Erfindung angemeldet, durch die es möglich sein soll, Kino-Vorstellungen bei Tageslicht ohne Beeinträchtigung der Bildschärfe zu veranstalten. Der Erfindung liegt eine neuartige Uebertragung des Filmbildes mittels einer Glasprisma zugrunde.

+ + +
Autokatastrophe. In der Nähe von Steinhausen bei Wilhelmshaven fuhr ein mit 25 Sportlern besetzter Düsseldorfer Autobus gegen einen Baum. Zehn Personen erlitten Verletzungen.

+ + +
Gronau in Labrador. Der deutsche Ozeanflieger von Gronau ist in einem kleinen Fischerdorf an der Küste von Labrador gelandet. Der Pilot brauchte für die Strecke von Ivigtut (Grönland) bis Labrador 6½ Stunden. Die Landestelle liegt nahe Greenly Island, wo vor Jahren Köhl, Hünefeld und Fitzmaurice nach der ersten Nonstop-Ozeanbezwingung (in Ostwestrichtung) niedergingen. Wolfgang von Gronau hat den Ozean nunmehr dreimal in Etappen überquert. Er begann den jetzigen Flug, der vermutlich erst in Kanada enden wird, in List (Westerland); ausser in Grönland machte er eine Zwischenlandung auf Island. Gronau vertritt die These, dass, Errichtung von einigen Funkstationen vorausgesetzt, ein regelmässiger Ozeanflugverkehr über die durch ihn erkundete Nordroute durchgeführt werden könne.

+ + +
Der Potsdamer Skandal. Nach fest vierwöchentlicher Verhandlung wurden im Potsdamer Bestechungsprozess die Strafanträge gestellt. Gegen Stadtbauamt-mann Kiessling vom Potsdamer Tiefbauamt beantragte der Staatsanwalt wegen schwerer und einfacher Bestechung in Tateinheit mit Betrug zwei Jahre, drei Monate Gefängnis, drei Jahre Ehrverlust, Aberkennung der Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von drei Jahren und Einziehung der Bestechungssumme von 18 700 Mark; gegen den Mitangeklagten Tiefbauunternehmer Dübner aus Michendorf ein Jahr, sechs Monate Gefängnis; gegen die Angeklagten Gerbracht und Kumlehn je zehn Monate Gefängnis. Das Urteil wird am Sonnabend verkündet werden.

Wirtschaft Technik Ganzen

Der Prolet lebt zu gut.

Meinen die Nazis: er geht ins Kino und die Arbeiterfrau trägt sogar kunstseidene Strümpfe.

SPD. Die Nazis sind in den letzten Tagen vor der Wahl auf einen ganz hervorragenden Dreh verfallen. Sie stellen die Lüge auf, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften hätten den Lohnabbau während der letzten zwei Jahre durchgeführt.

Man braucht sich mit derartigen Phantasiegeburten eines Nazigehirns nicht lange aufhalten. Man braucht nur darauf zu verweisen, dass Fritz Thyssen, der westfälische Schwerindustrielle, der nach seinem eignen Geständnis die gegenwärtige Krise nötig hatte, um mit den Gewerkschaften fertig zu werden und die Löhne abzubauen. Weil die Nazis gegen den Lohnabbau sind - - deshalb ist wohl Fritz Thyssen Parteigenosse der Nazis? Deshalb ist wohl die gesamte Schwerindustrie der Nationalsozialistischen Partei beigetreten?

Daran ist doch nicht zu zweifeln: der ganze Lohn- und Gehaltsabbau während der letzten zwei Jahre wäre ohne die Nazis nicht möglich gewesen. Die Nazis sind ja erst geschaffen worden, um den Lohn- und Gehaltsabbau durchzuführen.

Man muss die Nazis schon einmal dort beobachten, wo sie glauben sicher zu sein, dass Arbeiter ihnen nicht auf die Finger sehen. Dann erfährt man, was los ist. Man lese nur die Schriften, die die Nazis für den engeren Kreis ihrer Anhänger herausgeben. Man findet da ganz wunderbare Sachen.

Da gibt es z.B. die nazi-offizielle Nationalsozialistische Bibliothek, in der vor kurzem die Schrift eines "urdeutschen Mannes" erschienen ist, der sich hinter dem lateinischen Namen Silesius versteckt. Dieser Silesius verlangt ganz unverblümt, dass die Lebensmittelpreise um 25 % erhöht werden. Er rechnet dabei aus, dass eine solche Erhöhung "nur" eine Steigerung der Lebenshaltungskosten der Arbeiter um 7 % bedeuten wird.

Wir zweifeln nicht daran, dass die Nazis im Dritten Reich bereit sind, eine derartige Verteuerung der Lebenshaltungskosten für die Arbeiter durchzuführen. In diesem Falle interessiert nur, wie Silesius den Ausgleich zwischen den Lebenshaltungskosten und Einkommen erzielen will. Man müsste annehmen, Silesius schlägt eine Lohnerhöhung vor. Silesius denkt aber garnicht daran. Die Arbeiter sollen, so meint Silesius, gefälligst ihre "sonstigen Ausgaben" einschränken. Wörtlich heisst es in seiner Schrift: "Sehr viel Geld und Kraft wird z.B. gegenwärtig (Silesius meint in Arbeiterkreisen) für Sensations- und Vergnügungsrummel, Modetorheiten usw. verpulvert". Das bisschen Kinobesuch ist für Silesius "Sensations- und Vergnügungsrummel". Leistet sich die Arbeiterin mal einen kunstseidenen Strumpf, dann ist das für Silesius eine "Modetorheit". Wenn jedoch Adolf Hitler im Luxusauto fährt und tausende von Mark im Handumdrehen in Berliner Luxushotels ausgibt, dann ist das etwas anderes.

Silesius wird aber in seiner Schrift noch deutlicher. Er stellt fest, dass sich der Prolet nicht nur "Vergnügungsrummel und Modetorheiten" leistet, sondern dass er auch viel zu gut isst, sich viel zu gut ernährt. So hält Silesius es z.B. für einen unverantwortlichen Zustand, dass der Fleischverbrauch in

Deutschland seit 1840 stark angewachsen ist. Den gegenwärtigen Fleischverbrauch - die Aerzte stellen fest, dass in Deutschland der Hungertod immer weiteres Ausmass annimmt - hält Silesius für "ganz unwirtschaftlich". "Wirtschaftlicher" wäre es schon, wenn die Arbeiter ausschliesslich von Brot, Kartoffeln und Heringen lebten. Dann brauchten ihnen die Unternehmer auch nur entsprechend niedrigere Löhne zu zahlen.

Man merkt schon, wohin Silesius will. Aber so sprechen die Nazis, die den Sozialdemokraten vorwerfen, sie hätten die Löhne abgebaut, wenn sie unter sich sind.

Das Dritte Reich scheint so das Himmelreich für die Unternehmer zu sein, für die Arbeiter wird es wohl das schlesische Himmelreich - Silesius heisst auf deutsch: Schlesier - werden, nämlich das Reich von 1840, das Deutschlands grosser Dichter Gerhart Hauptmann in seinen "Webern" beschreibt.

Dieses "schlesische Himmelreich" darf in Deutschland nicht wieder kommen. Dieses "schlesische Himmelreich" ist ein Greuel und eine Kulturschande, ist menschenunwürdig. Deshalb wählt am Sonntag Sozialdemokraten, Liste

SPD. Der Reichsbank ist es gelungen, in der 3. Juliwoche den Devisenabfluss zu stoppen. Es ist für die Woche zum 23. Juli eine Erhöhung der Währungsreserve um 300 000 Mark auf 891,9 Millionen Mark festzustellen. Die Deckung der Noten beträgt 24 % gegenüber 23,5 % in der Vorwoche.

Die Bewegung in der Kreditgewährung hat sich normal vollzogen. Für den gesamten, von der Reichsbank gewährten Kredit ist ein Rückfluss von 103,4 Millionen Mark festzustellen, womit sich die Kreditsumme auf 3 394,4 Millionen Mark vermindert.

SPD. Was ist aus den grossen Siedlungsplänen des Kabinetts Brüning geworden? Hunderttausende von landlosen Bauern, Landarbeitern und Arbeitern wollte man auf den aufgeteilten bankrotten ostelbischen Rittergütern ansiedeln.

Die Nazis ziehen immer noch mit dem Lockköder der Siedlung durch das Land. Währenddessen ist das Kabinett Brüning über die Siedlung gestürzt. Die mit den Nazis verbündeten Barone wollten keine Siedlung. Siedlung ist für sie Bolschewismus. So ist unter der Herrschaft der Hitlerbarone der Traum der Bauernsiedlung in Ostdeutschland ausgeträumt.

Aber noch mehr. Der Siedlungsgedanke wird jetzt benutzt, um das Siedlungsland zu verteuern. Das geht deutlich aus den Ausführungen hervor, die der gegenwärtige Reichsernährungsminister Baron von Braun vor dem Rundfunk vortrug. Sein Bekenntnis zur Siedlung ist nur ein Lippenbekenntnis.

Die 50 Millionen, die für Siedlungszwecke im Etat neu ausgeworfen sind, sollen lediglich dazu dienen, im Rahmen des schon längst überholten Reichssiedlungsgesetzes eine langsame Umwandlung eines Teiles des Grossgrundbesitzes in Bauernland vorzunehmen, um auf diesem Wege ständig Nachfrage nach Siedlungsland zu schaffen und damit die Bodenpreise hochzuhalten.

Mit der Lösung des Problems, eine Gesundung der ostdeutschen Wirtschaft herbeizuführen, wie es dem Kabinett Brüning vorschwebte, haben die Siedlungspläne des Freiherrn von Braun nichts zu tun. Sollen endlich die ungeheuren Subventionen, die jährlich zur Besitzerhaltung aus den Taschen der Arbeiter nach Ostelbien fliessen, beseitigt werden, soll endlich eine Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft einsetzen, so müssen ganz andere Massnahmen ergriffen werden. Einstellung jeder Subvention an den Grossgrundbesitz, Umwandlung aller nicht mehr lebensfähigen Betriebe in genossenschaftlich betriebene Güter oder in Bauernsiedlungen ist hierzu notwendig.

Ehe nicht die Junkerkaste verschwindet, kann Ostdeutschland nicht gesunden.

Darum fort mit der Regierung der Hitlerbarone - wählt Liste 1!

SPD. Jeder rechte Nazimann in Deutschland schwärmt für das faschistische Italien und macht sich dafür stark, dass der deutsche Faschismus dem italienischen Faschismus nacheifern müsse. In Deutschland müsse es so werden wie in Italien. Dann sei alles in Ordnung und in Butter.

Wie sieht es aber in Italien aus? Das sagen unsere Nazis nicht. Die grauenvollen Zustände, die der italienische Faschismus herbeigeführt hat, sind diesen nationalsozialistischen Agitatoren nicht bekannt oder sie werden ihnen verschwiegen. Wir müssen da schon ein bisschen nachhelfen.

Als Mussolini in Italien an die Regierung kam, in der Zeit der schlimmsten italienischen Inflation, hatte er das Glück, in eine Besserung der ganzen Weltwirtschaft hineinzugeraten. Die grosse Konjunktur in der Welt brach an und der italienische Faschismus profitierte davon. Alles was die Weltkonjunktur an Besserungen brachte, wurden Mussolini und dem Faschismus gut geschrieben. Wenn Mussolini wirklich Wunder verrichtet hätte, dann müsste Italien heute eine Konjunkturinsel sein. Alles andere ist aber der Fall. In Italien wütet die Wirtschaftskrise schlimmer als in anderen Ländern.

Nur ein Hinweis dafür. Jahrelang hat Mussolini verboten, dass italienische Arbeiter auswandern. Mit der zunehmenden Arise konnte dieses Auswanderungsverbot nicht aufrecht erhalten werden. Als das Verbot fiel, ergriffen sofort zehntausende von italienischen Arbeitern die Gelegenheit, um das faschistische Paradies Mussolinis zu verlassen. Es spricht wohl für sich selbst, dass binnen 10 Monaten, von Juli 1930 bis April 1931, nicht weniger als 300000 Italiener ausgewandert sind. Die spätere Auswanderung - Zahlen liegen dafür nicht vor - ist viel grösser. Wenn der Faschismus in Italien wirklich ein Paradies geschaffen hätte, würden hunderttausende von Italienern nicht ihr, an Naturschönheiten so reiches Land verlassen, um in andern Ländern fremdes Brot zu essen, das immer bitter ist.

Der italienische Faschismus hat die italienische Wirtschaft ruiniert. Die Subventionswirtschaft, die Cliquen- und Korruptionswirtschaft ist in Italien schlimmer als anderswo. Die Grossbanken werden mit Milliardenbeträgen gestützt. Die Sparer aber verloren während der Finanzkrise im vorigen Jahr - in Deutschland hat das Kabinett Brüning das verhüten können - ihre sauer ersparten Groschen.

Die Bankrotte steigen in Italien unaufhaltsam. In 2½ Jahren mussten in Italien 60 000 Firmen den Konkurs anmelden. Die monatlichen Konkurse in Italien, das viel kleiner ist als Deutschland, machen rund 2 000 aus, also viermal so viel als in Deutschland.

Und nun die Arbeitslosenfrage in Italien. Wenn man so einen richtigen Nazimann hört, dann gibt es in Italien überhaupt keine Arbeitslosen. Allerdings ist die Arbeitslosenstatistik in Italien so schlecht, dass sie nur einen Teil der wirklichen Arbeitslosen erfasst. Immerhin wird für das kleine Italien die Zahl der Arbeitslosen auf 2 Millionen Köpfe geschätzt. Dabei muss man berücksichtigen, dass dieses Italien vorwiegend Agrarland und viel kleiner als Deutschland ist. Selbst wenn die italienische Arbeitslosigkeit, wie die faschistische Arbeitslosenstatistik zugibt, nur rund 1 Million beträgt, wäre das eine ungeheuerliche Zahl, die prozentual über dem deutschen Stand liegt.

Die sozialen Segnungen des italienischen Faschismus, womit in Deutschland so viel agitiert wird, werden wohl am besten dadurch gekennzeichnet, dass von der Million Arbeitslosen in Italien, die die faschistische Statistik zugibt, nur 1/5 Arbeitslosenunterstützung beziehen. In Wirklichkeit dürften nur

etwa 1/10 der wirklich Arbeitslosen Unterstützungen erhalten. Die italienischen Landerbeiter sind von der Unterstützung überhaupt ausgeschlossen. Die Unterstützungssätze selbst erreichen, immer in den besten Fällen, 40 bis 50 Pfennige pro Tag. Die deutschen Nazis, die ja Unterstützungssätze von 60 Pfennigen pro Tag bewilligen wollen, gehen hier über ihr leuchtendes italienisches Beispiel hinaus. Eine obligatorische Krankenversicherung in unserem Sinne gibt es in Italien nicht.

Nun die Löhne in Italien. Nach der amtlichen Statistik beträgt der italienische Durchschnittslohn pro Stunde 37 Pfennig. Eine italienische Textilarbeiterin erreicht bei voller Arbeitszeit und im Akkordlohn bestenfalls 10 bis 12 Mark pro Woche; ein Landerbeiter, wobei wir Barlohn und Deputat zusammenrechnen, kommt nicht ganz auf 10 Mark. Dabei sind die Lebenshaltungskosten in Italien keineswegs geringer als in den andern europäischen Ländern. Die Mieten sind hoch, die Waren teuer. Die Reallöhne liegen im faschistischen Italien deshalb um 1/3 niedriger als in Deutschland, trotzdem auch bei uns die Reallöhne in den letzten beiden Jahren fürchterlich gedrückt worden sind.

Das ist nun das Ideal unserer Nazis. Wir lehnen dieses Ideal ab. Wir wollen nicht die Wiederholung faschistischer Zustände in Deutschland. Deshalb wählen wir am Sonntag antifaschistisch, Sozialdemokraten - Liste 1!

SPD. Ein Berliner Fleischermeister schreibt uns: Das Fleischergewerbe hat mit seltener Einmütigkeit Stellung gegen die Schlachtsteuer genommen, die nach einem Ausspruch des sozialdemokratischen Landrats Dr. Footh die unsozialste aller Steuern ist, die Produzenten, Verbraucher und Konsumenten gleich hart trifft. In dem gleichen Sinne haben sich auch die Vertreter des Zentrums und der Sozialdemokratie im preussischen Staatsrat gegen die Schlachtsteuer ausgesprochen. Weiter hat der preussische Finanzminister Dr. Klepper keinen Zweifel darüber gelassen, dass die Schlachtsteuer in Preussen eine vorübergehende Massnahme sei, zu der man sich entschliessen musste, weil das Reich Preussen mit 100 Millionen, auf die Preussen gesetzlichen Anspruch hat, einfach in Stich liess.

Nun haben sich die Dinge in Preussen geändert. Das Metzgergewerbe aber, und mit ihm wohl Landwirte und Konsumenten, fragen, wie es nun mit der Schlachtsteuer in Preussen wird? Es muss die Forderung erhoben werden, dass jetzt, wo sich die Voraussetzung für die finanzielle Leistung des Reichs an Preussen völlig geändert hat, die Schlachtsteuer sofort beseitigt wird. Es ist nur recht und billig, dass die Schlachtsteuer verschwindet.

SPD. Die Bergische Industrie- und Handelskammer Wuppertal-Remscheid wendet sich in einer Eingabe an die Papenregierung mit auffallender Schärfe gegen die Autarkiebestrebungen. In der Eingabe heisst es u.a., "dass die bergische Wirtschaft mit tausend Fäden mit der Weltwirtschaft verbunden ist, dass die bergische Wirtschaft eine Handelspolitik im Sinne einer Loslösung der deutschen Wirtschaft vom Weltmarkt ablehnt und vor handelspolitischen Experimenten mit autarkischen Vorzeichen warnt."

Was die Industrie in dieser Eingabe an die Papenregierung sagt, ist richtig. Aber wir glauben kaum, dass die Regierung der Hitlerbarone dafür Verständnis hat. Ein handelspolitischer Kurs, der in Deutschland wieder Arbeit schafft, kann nur durch Sozialdemokraten garantiert werden. Deshalb wählen wir am Sonntag Liste 1, Sozialdemokraten!

(Berliner Getreidebörse vom 26. Juli.)

	25. Juli	26. Juli
	(ab märkische Station in Mark.)	(ab märkische Station in Mark.)
Weizen	251 - 253	-
Roggen	169 - 171	164 - 166
Futter- und Industrieergerste	161 - 172	161 - 172
Hafer	164 - 169	164 - 169
Weizenmehl	29,50 - 34,00	29,00 - 33,75
Roggenmehl	25,50 - 27,00	25,50 - 27,00
Weizenkleie	11,60 - 11,90	11,60 - 11,90
Roggenkleie	10,25 - 10,60	10,25 - 10,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 260, September 226½ - 227, Oktober 227½ - 227½ resp. plus Brief, Dez. 228½. Roggen Sept. 175½ - 176½, Okt. 176½ plus Brief, Dezember bis 178½. Hafer Sept. bis 146½ plus Brief.

(26. Juli.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	Rll	1,20 = 1,40
" " Weizenstroh "	Rll	0,85 = 0,95
" " Haferstroh "	Rll	0,75 = 0,85
" " Gerstenstroh " neu	Rll	0,65 = 0,75
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	Rll	1,05 = 1,35
Bindfadengepresstes Roggenstroh	Rll	0,90 = 1,10
" " Weizenstroh	Rll	0,70 = 0,90
Häcksel Tendenz behauptet	Rll	1,50 = 1,85
Handelsübliches Heu, gesund und trocken } alt	Rll	2,10 = 2,60



Die Gewerkschaften unerschüttert.

Krise und Organisationskraft - Die "Niedergerittenen" reiten.

SPD. Je näher der Wahltag heranrückt, desto nervöser wird die Hitlermeute. Sie hat nach Abrechnung gerufen und hat jetzt Angst vor der Abrechnung. Das Erwachen Deutschlands wird ihr unheimlich; denn die Aktivität der Arbeiterbewegung steigt von Stunde zu Stunde. Der Zulauf zu Hitler lässt nach, die Versammlungen der Eisernen Front dagegen wecken überall stürmischen Andrang. Vor allem aber werden die Gewerkschaften immer deutlicher zu einem neuen Kraftzentrum. Die Anziehungskraft dieses Kraftzentrums auf die von den Faschisten und Scharfmachern bedrohten werktätigen Massen ist unverkennbar.

Die Stärke der Gewerkschaften äusserte sich am deutlichsten bei dem Angriff der Hitlerbarone auf Preussen. Die Gewerkschaften blieben Gewehr bei Fuss. Sie liessen sich das Gesetz des Handelns nicht vorschreiben. Ihre Ruhe ist von Leuten, die von der Arbeiterbewegung nichts wissen, falsch gedeutet worden. Die Feinde der Gewerkschaften, die über die Arbeiterbewegung Bescheid wissen, waren von dieser Ruhe weniger entzückt. Sie waren sich darüber im klaren, dass diese in scharfem Kontrast zur Nervosität der Vabanquespieler um Hitler stehende Selbstbeherrschung der Gewerkschaften nur ein Ausdruck innerer Zuversicht war. Diese innere Zuversicht wäre aber nicht möglich, wenn die Gewerkschaften, wie das ihre Feinde seit Jahr und Tag der Öffentlichkeit weismachen wollen, in ihrem Fundament erschüttert wären. Sie sind nicht erschüttert. Die Kraft der Gewerkschaften ist ungebrochen. Das Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, das in Kürze erscheinen wird, liefert dafür den Beweis. Die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des ADGB, veröffentlicht in ihrer nächsten Nummer aus diesem Beweis einige besonders markante Tatsachen.

Auch das furchtbare Krisenjahr 1931 mit seinen alles zerstörenden Begleiterscheinungen, so schreibt die "Gewerkschaftszeitung", konnte die Front der freien Gewerkschaften nicht erschüttern. Sie stehen, wenn auch mit verminderter Kämpferschar, so doch mit ungeschmälerter innerer Kraft bereit, um auch unter den schwierigsten Umständen ihre Aufgabe zu erfüllen. Die dem ADGB angeschlossenen Zentralverbände umfassten Ende 1931 immer noch 4 134 902 Mitglieder; darunter 570 836 weibliche und 170 854 jugendliche. Der Rückgang der Gesamtmitgliederzahl gegenüber 1930 (4 716 569) mit 581 667 beträgt 12,3 v.H.

Gemessen an dem Mitgliederverlust, den die freien Gewerkschaften von 1922 auf 1924, in der Zeit des Zusammenbruchs der Währung und in der dadurch erzeugten Wirtschaftskrise, zu verzeichnen hatten, als die Gesamtmitgliederzahl von 7,8 Millionen auf rund 4 Millionen zurückging, ist der während der gegenwärtigen, viel längeren und härteren Krise eingetretene Verlust gering. Die seit dem Jahre 1924 in den freien Gewerkschaften verbliebenen Mitglieder, deren Zahl sich bis Ende 1931 zwischen 4,0 bis 4,9 Millionen bewegte, können als die Kerntruppe der Bewegung bezeichnet werden. Diese Mitglieder sind nicht zu vergleichen mit jenen Massen, die in den Jahren 1919 und 1920 durch die Revolution begeistert zu den Verbänden stiessen, die Fahnen jedoch schnell verliessen, als sie erkannten, dass die wirtschaftliche Macht in zähem Kampf erobert werden muss. Jener Kern der Mitgliedschaft ist den Gewerkschaften,

aller masslosen Not zum Trotz, erhalten geblieben; denn Ende 1931 lag die Mitgliederzahl im ADGB mit 4 134 902 noch höher als Ende 1924 mit 4 023 867, und sogar beträchtlich höher als Ende 1926 mit 3 932 935, d.h.: das alte Kräftezentrum der Gewerkschaften blieb im Sturm der gegenwärtigen grossen Krise unerschüttert.

Die Finanzgebarung der Verbände gestaltete sich entsprechend dem Mitglieder rückgang naturgemäss ebenfalls rückläufig. Die Gesamteinnahmen sind mit 184 306 211 Mark um 47 349 093 Mark und die Gesamtausgaben mit 215 621 078 Mark um 25 561 313 Mark niedriger als im Vorjahr. Der Rückgang beträgt bei den Verbandsbeiträgen 41 885 420 Mark und bei den örtlichen 9 096 358 Mark, zusammen 50 981 778 Mark und zeigt so recht die Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf die Haushaltspläne der Gewerkschaften. Höchste Anerkennung verdient das Opfer der noch in Arbeit stehenden Mitglieder durch Leistung von Extrabeiträgen zur Unterstützung ihrer durch die lange Arbeitslosigkeit in Not geratenen Kollegen und Kolleginnen. Trotz Kurzarbeit und Lohnabbau beträgt die hierfür aufgebraachte Summe 4 458 732 Mark und ist um 2 358 684 Mark höher als 1930. Der von der Hitlermeute so sehr verlästerte Marxismus scheint also der opferbereiten Solidarität nicht geschadet zu haben.

Freunde in der Not sind selten, aber bei den Gewerkschaften gibt es Freunde in der Not. Das zeigen die Unterstützungsziffern. Mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben entfielen auf Unterstützungen. "Obwohl einige Verbände" betont die "Gewerkschaftszeitung", "gezwungen waren, die Unterstützungsdauer erheblich zu kürzen, um ihren Etat zu balancieren, waren die freien Gewerkschaften doch noch in der Lage, für ihre durch die unsinnige kapitalistische Wirtschaftsführung in Not geratenen Mitglieder die achtunggebietende Summe von 109 888 848 Mark an Unterstützungen auszus zahlen. Abgesehen von allen anderen Vorteilen, die die freien Gewerkschaften ihren Mitgliedern in allen Lebenslagen bieten, beweist schon allein diese praktische Hilfe, wie unsinnig das Gekläff der Nazi- und Kozi-Phraseure und ihrer gedankenlosen Nachbeter von der Ohnmacht der freien Gewerkschaften ist".

Herr Hitler tut so, als ob die Gewerkschaften völlig abgewirtschaftet hätten. Hoffentlich glaubt er seine Lüge nicht selbst. Die "Niedergerittene" reiten. Der Wahltag wird es beweisen.

SPD. Nie wird soviel gelogen wie vor einer Wahl. Wahlprogramme und Wahlversprechungen sind ein billiges Vergnügen. Parteien müssen nach ihren Taten beurteilt werden, nicht nach ihren Versprechungen. Was die Sozialdemokratie für die Arbeiter getan hat, wissen am besten die Hitlerbarone; denn die wollen den Wohlfahrtsstaat, d.h. all das, was die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften im Laufe eines Jahrzehnts für die Arbeitnehmer auf dem Gebiet der Sozialpolitik sowie in den Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgebaut haben, wieder abbauen.

Bei den Nazis ist es umgekehrt. Ueberall, wo diese Herrschaften bis jetzt zu Einfluss gelangt sind, wurde für die Arbeiter, Angestellten und Beamten von vornherein nicht auf-, sondern abgebaut. So senkte z.B., um nur ein paar Beispiele aus der jüngsten Zeit herauszugreifen, die Mecklenburg-Schweriner Rechtsregierung die Löhne aller öffentlichen Bediensteten über die Reichsnotverordnung hinaus um weitere 5 %. Erst das Eingreifen des Gesamtverbandes, das die tatkräftigste Unterstützung der Sozialdemokratischen Fraktion fand, führte zur Zurücknahme dieser Anordnung. Die Mecklenburg-Strelitzer Rechtsregierung verschrieb ihr Staatskrankenhaus einer Privatvereinigung, um die Löhne herabzusetzen und die Arbeitszeit zu verlängern. In den Mecklenburg-Schweriner Ämtern haben nationalsozialistische Amtshauptleute Löhne gekürzt, Arbeits-

zeitverkürzung verweigert, Arbeiter entlassen und Tarifverträge zerschlagen. Den Landstrassenwärttern im linkselbischen Gebiet des Landesamts Nordmark, in dem die Nazis ausschlaggebend sind, wurden die Löhne besonders stark herabgesetzt.

Überall, wo die Nazibewegung regiert oder starken Einfluss hat, ist den Arbeitern die Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich abgelehnt worden, ist der Lohn gesenkt worden, ist die Arbeit geschmälert worden. In Coburg, an dessen Spitze der Nazibürgermeister Schwede steht, sind Arbeiter abgebaut worden, die mehr als 10 Jahre in städtischen Betrieben beschäftigt waren.

Jetzt, wo die Nazis da und dort ans Ruder gekommen sind, wo sie im Reich bereits mit Hilfe der Barone regieren, jetzt, wo sie es besser machen sollen, kommen ihre Führer, z.B. ihr Dr. Frick mit dem Gewäsch, Deutschlands Weg zu einer besseren Zukunft sei ein Leidensweg. Die Nazi-Bonzen haben leicht vom Leidensweg reden. Das Hotel "Kaiserhof" in Berlin, wo Herr Hitler phantastische Zechen macht, liegt nicht auf dem Leidensweg. Die "Erneuerer" Deutschlands trinken heimlich den Wein und predigen öffentlich Wasser.

Den Leidensweg abkürzen und für die Armen das Kreuz mittragen - darauf kommt es an, und deshalb kämpfen Sozialdemokratie und Gewerkschaften um den Wohlfahrtsstaat, und deshalb ist jeder, der weiss, wo ihn der Schuh drückt und doch Hitler wählt, nichts anderes als ein Selbstmörder.

SPD. Tüchtige Leute verstehen es, sogar mit dem freiwilligen Arbeitsdienst ein Geschäft zu machen. Die Gemeinden Krautsand-Drochtersen haben vor kurzem an das Landesamt Nordmark einen Antrag gestellt, worin um die Genehmigung zur Herstellung von Klinkern im Weg des freiwilligen Arbeitsdienstes gebeten wird. Diese Steine sollen für Wegebau in Frage kommen, den man ebenfalls im Arbeitsdienst ausführen will. Man will 3 600 000 Klinker produzieren. 600 000 Stück werden von vornherein als Ausschussware in Abzug gebracht. Diese als Bruch berechneten Steine sollen dem Produzenten zur eigenen Verwertung überlassen bleiben. Ferner will man dem Ziegeleibesitzer 1 500 000 Steine zur Kostendeckung überlassen. Diese Steine werden mit 18 Mark pro 1000 Stück berechnet. Das macht 27 000 Mark. Die Kosten für Material und dergleichen, die der Ziegeleibesitzer nach dem Antrag zu tragen hat, werden auch mit 27 000 Mark angesetzt.

Eine merkwürdige Berechnung! Wo sind Klinker, ja selbst ganz gewöhnliche Hintermauerungssteine für 18 Mark pro Tausend zu haben? In der "Bauwelt" wird der Preis für 1000 Hintermauerungssteine in Hamburg mit 39 Mark angegeben. Nimmt man diesen Satz, dann macht der Erlös für 1 500 000 Steine rund 60 000 M. Ein ganz schönes Geschäft also, selbst wenn man alle sonstigen Ausgaben, wie Steuern und dergleichen in Abzug bringt und die Kostenveranschlagung mit 27 000 Mark bestehen lässt.

Die Leidtragenden bei der ganzen Geschichte wären nur die Ziegeleiarbeiter, die als Arbeitsdienstwillige für wenig Geld dem Unternehmer einen guten Verdienst zuschanzen würden. Man sieht, wohin Arbeitsdienstexperimente führen, wenn sie auf eine Verdrängung der Arbeit des normalen Arbeitsmarktes hinauslaufen. Solche Experimente können nicht energisch genug abgelehnt werden.

SPD. In den Vereinigten Staaten hat das Arbeitsministerium beschlossen, während der Krisenzeit zunächst einmal bis Mitte des nächsten Jahres die Fünftage=Woche einzuführen.